

SEXUALERZIEHUNG, UM ZU ENTSCHIEDEN, VERHÜTUNGSMITTEL, UM NICHT ABZUTREIBEN, LEGALE ABTREIBUNG, UM NICHT ZU STERBEN

Der vom Lateinamerika-Forum (LAF) mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierte Debattenzyklus "Frauenbewegung und feministische Kämpfe in Lateinamerika" schloss am 22. April 2021 mit der fünften und letzten Aktivität zum Thema "Recht auf Entscheidung" - Reproduktive Rechte und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Unsere Gäste waren Laura Salomé Canteros aus Argentinien, Journalistin und Mitglied der Nationalen Kampagne Für das Recht auf sichere und kostenlose Abtreibung; Marta María Blandón aus Nicaragua, weithin bekannt als Verfechterin der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen in Zentralamerika; von 1991 bis 2018 Leiterin des Zentralamerika-Programms von IPAS, einer NGO, die sich international für diese Rechte einsetzt, und Leoni und Lea, Mitglieder des Kollektivs StimmrechtGegenUnrecht. Dina Leber und Lina-Marie von der Ahe, Aktivistinnen des LAF, moderierten die Veranstaltung.

Als Erste sprach Laura aus Argentinien. Sie erzählte, wie der Kampf um die Legalisierung der Abtreibung 15 Jahre gedauert hat. Ein Gesetz von 1921 hatte den Schwangerschaftsabbruch aus einigen wenigen Gründen zwar erlaubt, aber trotz dieser Einschränkung wurde es kaum durchgesetzt.

Das am 30. Dezember letzten Jahres vom Senat verabschiedete Gesetz 27.610 verpflichtet nun den Staat, den universellen Zugang zu umfassenden gesundheitlichen, reproduktiven und nicht-reproduktiven Rechten zu garantieren und macht den Schwangerschaftsabbruch zu einem Recht und einer Option für Frauen und Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten, die schwangerschaftsfähig sind. Erlaubt ist der Schwangerschaftsabbruch bis zur 14. Schwangerschaftswoche, später auch in Fällen von Vergewaltigung und Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren. Der Zugang zum Verfahren muss innerhalb von 10 Tagen nach dem Antrag der Person gewährleistet sein und schließt die Nachbetreuung ein. Das Gesundheitspersonal ist zu qualitativ hochwertiger Versorgung der Schwangeren verpflichtet und die Frauen sind mit Würde zu behandeln. Damit soll der institutionellen Gewalt gegen sie ein Ende gesetzt werden. Jene Mediziner:innen, die eine Verweigerung mit Gewissensgründen begründen (Praxisverweigerung, laut Feminist:innen) sind verpflichtet, die Frau an andere Ärzt:innen oder Gesundheitszentren zu überweisen.



@lateinamerikaforum



@lateinamerikaforum.berlin

Damit ist es verboten, Frauen keine Behandlung zukommen zu lassen. Das Gesetz gehört in das Recht der öffentlichen Ordnung und das Rechtssystem des Landes erfordert eine effektive Durchsetzung. Für Beschwerden wegen Nichteinhaltung von Vorschriften wurde eine Beschwerdestelle eingerichtet.

Laura sagt, es sei ein feministisches Gesetz. Es wurde von der feministischen Bewegung ausgearbeitet und diese organisierte eine Kampagne mit landesweiter Mobilisierung und breiter gesellschaftlicher Unterstützung. Wie war das möglich?

Das Ziel der Nationalen Kampagne für das Recht auf einen legalen, sicheren und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch war ein Wandel der kulturellen Paradigmen, die als Legitimationsgrundlage für die Verbote des Rechts der Frauen, über ihren Körper zu entscheiden, genutzt werden. Die Legalisierung der Abtreibung sollte zu einer populären Forderung werden um den Slogan "Sexualerziehung, um zu entscheiden, Verhütungsmittel, um nicht abzutreiben, legale Abtreibung, um nicht zu sterben", durchzusetzen. In der breit angelegten feministischen Kampagne nahmen über 700 Organisationen teil, 42 regionale Filialen wurden im ganzen Land eingerichtet. Damit entstand eine große Repräsentativität, die generationenübergreifend und multidisziplinär war und transversal alle Teile der Gesellschaft umfasste.

Mittels dieser starken Verbindungen wurden die Informationen in der gesamten Gesellschaft verbreitet. Um eine für alle Sektoren verständliche Debatte zu ermöglichen, wurden für jeden Bereich Argumente zur Verteidigung des Gesetzes erarbeitet. Die Debatte wurde in die juristischen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten getragen, Netzwerke von Lehrer:innen, Gewerkschafter:innen, feministischen Anwält:innen, Studierenden, Journalist:innen usw., entstanden. Damit wurde die Debatte wiederum in die jeweiligen Bereiche gebracht getragen. Auf Politiker:innen wurde permanenter Druck ausgeübt; soziale Netzwerke spielten eine wichtige Rolle, ebenso die massiven Demonstrationen. Laura weist auf die grundlegende Rolle des Symbols der Kampagne, den grünen Schal, hin. Er wurde zum Zeichen der Identifikation mit dem Kampf.

Der Erfolg wurde durch den unterschiedlichen politischen Kontext des Jahres 2018 begünstigt. Der Gesetzentwurf wurde vom Abgeordnetenhaus angenommen, allerdings vom Senat abgelehnt. Mit der neuen Regierung änderte sich die politische Konstellation des Nationalkongresses. Im Jahr 2020 war es der Präsident der Nation selbst, der den Gesetzentwurf dem Parlament vorlegte. Dies allein hätte jedoch nicht ausgereicht; vielmehr bewirkte die massive Mobilisierung, dass die politische Klasse zur Verabschiedung des Gesetzes bereit war. Laura warnt: "Es sollte niemandem, der in die Regierung eintritt, einfallen, dieses Gesetz anzutasten".



Als Nächste berichtete Marta María Blandón über Nicaragua. Die Situation dort und insgesamt in Zentralamerika sei aufgrund der sehr rigiden Gesetzgebungen und hohen Strafen für Abtreibung das genaue Gegenteil zu Argentinien. Die Strafen gelten auch für Jugendliche, Kinder und bei Vergewaltigungen. Die Lage der Frauen sei sehr schwierig. Während in El Salvador Gefängnisstrafen bis zu 30 Jahren verhängt werden, kommt es in Nicaragua aber kaum zu solchem Strafmaß. Dennoch ist in der aktuellen politischen Situation die Debatte über das Recht auf reproduktive Gesundheit, sexuelle Selbstbestimmung und Schwangerschaftsabbruch kaum möglich.

Bereits in den 2000er Jahren verbreiteten Konservative, die katholische und evangelikalen Kirchen die Rhetorik „Für das Leben“ und stellten sich gegen die Sandinistische Partei (FSLN). Bei den Wahlen 2006 legten die Kirchen einen Gesetzesentwurf zum totalen Abtreibungsverbot vor. Da ihre Kampagne gemeinsam mit der Rechten erheblichen Erfolg in der Öffentlichkeit hatte, wurde der Gesetzesentwurf von den Regierungsparteien der Liberalen und den Sandinisten aufgenommen. Die Sandinisten, die zuvor in Konfrontation zur Katholischen Kirche standen, schwenkten auf den Kurs des totalen Abtreibungsverbots ein, um Wählerstimmen zu gewinnen. Damit leiteten sie ihre Annäherung an die Katholischen Kirche ein.

Die feministische Bewegung ihrerseits bildete Koalitionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren gegen die Bestrafung von Abtreibung. Ihre Argumente: Verletzung der Menschenrechte, des Verfassungsrechts auf Gesundheit und Entscheidungsfreiheit der Person; zudem mache die Strafandrohung die Frauen zu Opfern von illegaler Abtreibung und deren Gesundheitsrisiken.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Feministinnen führte zur Konfrontation mit den Sandinisten. Diese wurde verstärkt, als die Feministinnen die Stieftochter Daniel Ortigas (Vorsitzenden der Sandinistischen Partei und heutiger Staatspräsident) unterstützen bei deren Vorwurf der wiederholten Vergewaltigung durch den Stiefvater Ortega.

Marta María charakterisiert die aktuelle Situation des Landes als eine Diktatur des Präsidentenehepaars Ortega/ Murillo. Die Revolution von 2018 gegen die Diktatur wurde blutig niedergeschlagen mit mehr als 300 Toten und tausenden Gefangenen, von denen noch viele im Gefängnis sind. Andere sind im Exil.

Das Abtreibungsgesetz wird, so Marta María, so lange gelten, wie die Diktatur anhält. Politische Priorität hat heute die Ablösung der Diktatur. Während in der Zeit vor 2018 die feministische Bewegung mit ihren Bildungsprojekten einige Veränderungen im Bewusstsein der Gesellschaft über reproduktive Rechte erreichen konnte, kann jetzt wenig getan werden. Der herrschende Ausnahmezustand verbietet die Versammlung ab fünf Personen. Daher spielt das Internet jetzt eine wichtige Rolle, auch wenn die Reichweite auf dem Land sehr begrenzt ist.



Marta María unterstreicht, dass im Vordergrund des Interesses junger Frauen die politische Rechte stehen; Viele sind gegen Abtreibung. Das zeigt, die Kirchen haben erheblich an Terrain gewonnen.

Gegenwärtig erfolgen die feministischen Aktivitäten im Internet, um Verfolgung und Inhaftierung zu vermeiden. Gleichwohl gibt es Denunziationen und Drohungen. Im aktuellen Wahlkampf vertritt die Mehrheit der Kandidaten das Konzept "Für das Leben". Versammlungen der Opposition und von Feministinnen werden sofort aufgelöst, Debatten über Abtreibung sind unmöglich. Doch trotz der Risiken werden schwangere Frauen von Feministinnen unterstützt und erhalten, wenn auch illegal, gute und zuverlässige Hilfe

Im Anschluss beschrieben Leonie und Lena die Situation in Deutschland. Dort ist eine Schwangerschaftsabbruch legal und straffrei, wenn die Frau nachweisen kann, dass sie ein obligatorisches Verfahren eingehalten hat; andernfalls ist es illegal und kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Eine genehmigte Abtreibung kann bis zur 12. Woche durchgeführt werden. Ausnahmen zur späteren Unterbrechung sind eine medizinische Indikation sowie ein Gesundheitsrisiko für die Schwangere oder den Fötus. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nicht, außer bei einem Einkommen von weniger als 1.000 Euro. Ärzt:innen dürfen Abtreibungen durchführen, wenn die Frauen das vorgeschriebene Verfahren abgeschlossen haben. Sie dürfen darüber auf ihrer Website informieren, aber verboten ist die von ihnen verwendeten Methoden offenzulegen. Der § 219a des Strafgesetzbuches stuft Informationen über Behandlungsmethoden als "Werbung" ein und verbietet sie. Die Verurteilung der Ärztin Christina Hänel, weil sie in einem Flugblatt über die von ihr angewandten Methoden zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen berichtet hatte, hat in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregt. Das Kollektiv StimmrechtGegenUnrecht sowie andere NGOs und Einzelpersonen haben die Ärztin unterstützt und die Aufhebung des §219a gefordert.

Das vorgeschriebene Prozedere nimmt Zeit in Anspruch und ist mit Hindernissen verbunden. Es beginnt mit einer Pflichtberatung durch eine anerkannte Institution, die darüber eine Bescheinigung ausstellt. Danach sind drei Tage "Bedenkzeit" erforderlich. Nicht alle Einrichtungen, die diese Beratung anbieten, sind offiziell anerkannt. Sie stellen auch keine Bescheinigung aus. Den Frauen fällt dieser Umstand häufig nicht auf. Aber ohne diese Bescheinigung können Ärzt:innen den Abbruch nicht legal durchführen.

Es gibt Institutionen, die professionelle Beratung anbieten, aber auch solche, die versuchen, die Frau von ihrer Entscheidung abzubringen. Oft ist es schwierig, Ärzt:innen zu finden, die den Schwangerschaftsabbruch durchführen. Evangelikale und konservative "Lebensschützer" organisieren Demonstrationen, Protesten und Propaganda vor Kliniken und Arztpraxen, in denen Abtreibungen vorgenommen werden und bedrohen die Mediziner. Zur Strategie der „Lebensschützer“ gehört intensive Lobbyarbeit bei den konservativen Parteien CDU/CSU, die ohnehin offen gegen Abtreibung eintreten.



Auch mit der rechtsextremen Partei AFD sind sie gut vernetzt. Als Folge dieses negativen Klimas ist die Versorgung der Schwangeren, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, schlecht. Zudem ist im Medizinstudium Schwangerschaftsabbruch kein Thema.

StimmrechtGegenUnrecht sieht die Schwierigkeit für Frauen, sich über Verfahren zu informieren und Ärzt:innen zu finden, sowie den Zeitdruck durch Fristen, als bewusst vom Staat gesetzte Barrieren. Das Kollektiv fordert das gesetzliche Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Das Kollektiv organisiert Protestaktionen und andere Aktionen zu ihren Forderungen. Es ist gut mit medizinischen Gruppen vernetzt und bietet Workshops an, die feministische Ärzt:innen mit ihren Kolleg:innen durchführen. Derzeit jedoch stellt die Pandemie eine große Einschränkung dar. Ihre aktuellen Strategien konzentrieren sich auf die Information, Schulung und Austausch via soziale Medien, insbesondere Instagram. Die Verbindung zu nationalen und internationalen Frauengruppen, darunter auch Aktivistinnen in Argentinien, ist für sie bedeutsam. Für StimmrechtGegenUnrecht sollte das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein globales Recht sein.

Laut dem Kollektiv organisieren sich immer mehr junge Frauen in Deutschland, aber es sind fast ausschließlich weiße und heterosexuelle Frauen. Das erkläre sich aus der Geschichte der Frauenbewegung in diesem Land, sagen Leoni und Lea.

Die Präsentation der drei Länder bestätigte, dass das "Recht zu entscheiden" Teil einer gemeinsamen Agenda des Kampfes in den unterschiedlichsten Gesellschaften ist. Erwähnenswert ist, dass in Lateinamerika Abtreibung nur in Argentinien, Uruguay, Kuba, Guyana, Puerto Rico, Mexiko-Stadt und Oaxaca (México) legal ist. Einige Länder erlauben die legale Abtreibung unter sehr eingeschränkten Bedingungen. Aber selbst in diesen Fällen ist der Zugang oft schwierig oder wird verweigert. In anderen ist es völlig verboten.

Laut Marta María bestehen die sehr restriktiven Abtreibungsgesetze in Zentralamerika fort, aber die hohen Gefängnisstrafen in El Salvador sowie die Bestrafung von vergewaltigten Frauen und schwangeren Mädchen haben in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit große Empörung hervorgerufen. Dies lenkt unsere Aufmerksamkeit auf das, was alle Podiumsteilnehmerinnen betonten, nämlich die Bedeutung von feministischen Netzwerken. Der Austausch ist grundlegend, um einander zuzuhören und voneinander zu lernen, sagten sie. Es sei notwendig, "Grenzen zu überschreiten", betonte Laura. Für Marta "erfüllt es uns mit Energie, die Begeisterung der argentinischen Frauen zu hören". Lea betont, es sei gut zu wissen, dass wir „nicht allein sind“.

Am Ende der Veranstaltung schloss unsere Kollegin Katharina Treubrodt den Debattenzyklus mit einem kurzen Rückblick auf die erörterten Ziele, Themen und Ergebnisse.

Juliana Ströbele-Gregor und Didice Godinho Delgado

